

„Die Hängepartie ist zu Ende“

IHK und BfB zur Ampelkoalition im Rat

■ **Bielefeld.** Die Berichte über die Ampelkoalition im Rat haben die Industrie- und Handelskammer (IHK) und die Bürgergemeinschaft für Bielefeld (BfB) zu Stellungnahmen veranlasst.

IHK-Hauptgeschäftsführer Thomas Niehoff schreibt: „Positiv ist, dass die Hängepartie im Rat zu Ende zu sein scheint. Es gibt eine Mehrheit, die nach vorn blickt und gestalten will.“ Ein einschneidendes Sparprogramm zur Haushaltskonsolidierung sei unerlässlich, dürfe aber nicht zum Stillstand bei der Zukunftsentwicklung Bielefelds führen.

Viele Ziele der neuen Koalition könnten von der Wirtschaft unterschrieben werden. Für die Unternehmen sein ein wirtschaftsfreundliches Klima im Rathaus ganz wichtig. Es müsse darum gehen, ansässigen Betrieben Entwicklungsmöglichkeiten zu geben und attraktiv für Neuansiedlungen zu sein.

Niehoff: „Die Priorität liegt in der schnellen Beseitigung des Gewerbeflächendefizits.“ Der Ankauf der genannten 30 Hektar bei Gewerbeflächen sei jedoch nicht ausreichend. Wichtig sei der vierspurige Ausbau der L 712 und die Ortsumgehung Ummeln. Die IHK plädiert allerdings dafür, die Trasse der B 66n und damit die Option für die Zukunft offen zu halten.

Außerdem spricht sich die

IHK für den Hochschulcampus aus, der die Wissenschaftslandschaft und die Innovationsfähigkeit des Oberzentrums erheblich steigern werde.

Nach Angaben des BfB-Fraktionsvorsitzenden Ralf Schulze weist die Koalitionsvereinbarung der Ampel viel Wortgeklingel auf, aber wenig Konkretes. Zwar fehlen nach Darstellung des Kämmerers bis 2014 jährlich im Haushalt der Stadt mindestens 150 Millionen Euro, in der Ampel-Vereinbarung fehlen jedoch jegliche konkrete Ausführungen dazu, was die neue Koalition aus SPD, Grünen und FDP zu tun gedenkt, um dieses Defizit auszugleichen. Stattdessen wird ein Maßnahmenkatalog verkündet, der entweder mit unfinanzierbaren Kosten verbunden und ins Reich der Träumerei einzuordnen ist.

Offensichtlich habe die Ampel Angst, es würde Auswirkungen auf das Ergebnis der Landtagswahlen haben, wenn man den Bürgern ernsthaft die finanzpolitische Wahrheit erklären würde, so Schulze.

Wenn vollmundig erklärt wird, das Straßenbahnnetz solle nach Hillegossen, Heepen und Thesen ausgebaut werden, so werde verschwiegen, dass die notwendigen Zuschüsse des Landes NRW bereits bis 2019 vergeben sind. Frühestens ab 2020 könne Bielefeld mit Zuschüssen rechnen.